

# Inhaltsverzeichnis

<b>Titel</b>	<b>2</b>
Motivation . . . . .	2
Problemstellung und Zielsetzung . . . . .	2
Methodisches Vorgehen . . . . .	10
Erwartetes Resultat . . . . .	10
State-of-the-Art und Ausgangspunkt . . . . .	11

# Titel

## Motivation

Im Zuge meiner Diplomarbeit „*Die Evolution der repräsentativen Demokratie in der Informationsgesellschaft*“ befasste ich mich mit der Rolle der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) in der Informationsgesellschaft und den daraus resultierenden Auswirkungen auf die repräsentative Demokratie.

Diese thematische Auseinandersetzung war nicht nur herausfordernd, sondern half mir auch, eine Brücke zwischen meinem Fachgebiet, der Informatik, und aktuellen gesellschaftspolitischen Themen zu schlagen. Für mich ist es naheliegend, den eingeschlagenen Weg im Rahmen einer Dissertation zu vertiefen.

## Problemstellung und Zielsetzung

Der Einsatz der IKT im politischen Kontext sowie dessen Einfluss auf die vorherrschenden politischen Prozesse sind wichtige Faktoren des politischen Geschehens. Die dadurch zunehmend bedeutender werdende Rolle der IKT wirft neue Fragen im Hinblick auf die Prozessformen politische Informationsverarbeitung, politische Kommunikation und politische Partizipation auf.

Ausgehend von dieser Entwicklung untersuche ich, welche demokratiepolitischen Probleme der angeführten politischen Prozessformen vorherrschen und inwieweit diese mit IKT-spezifischen Konzepten gelöst werden können. Folgend werden sowohl die einzelnen Begriffe als auch die damit zusammenhängenden Fragestellungen kurz umrissen. Zudem erläutere ich, wie man diese Begriffe im Sinne einer Demokratieverstärkung interpretiert kann.

# Politische Informationsverarbeitung

Unter der politischen Informationsverarbeitung versteht man nicht nur Informationsverarbeitungsprozesse, die über eine politische Dimension verfügen, sondern auch die Abhängigkeit der Bevölkerung von regierungsfreundlichen und -abhängigen Informationsquellen.

Bedeutende Aspekte der politischen Informationsverarbeitung sind:

- **Informationstransparenz** beschreibt, inwieweit die Quelle und der Weg, den die Information zurück gelegt hat, nachvollziehbar sind.

Problemstellung: Hauptsächlich durch die Tätigkeit der Nachrichten- und Presseagenturen ist es oft nicht einfach, die Herkunft einer Information festzustellen. Mit Hilfe der IKT ist sowohl eine Nachverfolgung als auch eine zusätzliche Verschleierung digitaler Spuren möglich, wobei in jedem Fall eine neue technologische Barriere entsteht.

Kann die IKT dazu beitragen, möglichst effizient die Herkunft, den Weg und die Entstehungsgeschichte einer Information zweifelsfrei festzustellen? Zudem sollte die damit einhergehende technologische Barriere so minimal wie möglich sein.

- **Informatisfreiheit** beschreibt die freie Wahl der Information bzw. etwaiger Quellen.

Problemstellung: Aufgrund der engen Zusammenarbeit der Nachrichten- und Presseagenturen und die Entstehung globaler Medienkonzerne herrscht eine Gleichschaltung der Informationsmedien vor, was zu einer Homogenisierung des Informationsangebotes führt.

Mit Hilfe der IKT ist es prinzipiell möglich, zusätzliche Informationsquellen zu erschliessen (Beispiele hierfür sind Whistleblower wie *WikiLeaks*<sup>1</sup> oder politische Blogs wie *Alles Schall und Rauch*<sup>2</sup>), jedoch stellt die Technologie in so einem Fall eine zusätzliche Hürde dar, die nicht von jeder Person bewältigt werden kann.

Die Informationsfreiheit, die de jure existiert, kann de facto nur schwer erreicht werden. Zudem verkommt sie zu einer Randerscheinung, deren Ausübung und Inanspruchnahme von den Regierenden zunehmend als sanktionswürdig erachtet wird.

Kann die Bevölkerung mit Hilfe der IKT die Informationsfreiheit zurück gewin-

---

<sup>1</sup><http://www.wikileaks.org/>

<sup>2</sup><http://alles-schallundrauch.blogspot.com/>

nen?

Bietet die IKT Schutz vor etwaigen Sanktionen seitens der Regierenden?

- **Informationsunabhängigkeit** beschreibt die Unabhängigkeit der Informationsquellen von den Regierenden.

Problemstellung: Der extreme Einfluss der Regierenden auf die Medien (verdeutlicht im Zuge der Kriege im Irak und Afghanistan) und die grundsätzliche Verflechtung dieser beiden Akteure lässt an der Unabhängigkeit der Information bzw. ihrer Quellen zweifeln.

Die IKT schafft dahingehend Abhilfe, indem sie die Transaktionskosten für alternative Informationsquellen auf Kosten neuer technologischer Hürden reduziert. Auch die Informationsunabhängigkeit kann mittlerweile als eine Randerscheinung betrachtet werden, deren Ausübung und Inanspruchnahme von den Regierenden zunehmend sanktioniert wird.

Bevorzugt die IKT die Entstehung unabhängiger Informationsquellen?

Kann die IKT sowohl die Quellen als auch jene, die darauf zurückgreifen, vor den Sanktionen der Regierenden schützen?

- **Informationspflicht** beschreibt die Pflicht der politischen Akteure, Informationen über politische Abläufe so zu veröffentlichen, dass die Bevölkerung sich über jeden ihrer Schritte informieren und diese auch nachvollziehen und verstehen kann.

Problemstellung: Üblicherweise verzichten politische Akteure darauf, die Bevölkerung über ihre Handlungen adäquat und zeitnah zu informieren. Aktuelles Beispiele dafür sind die verschiedenen Rüstungsgeschäfte<sup>3</sup>, die von der deutschen Bundesregierung an der Bevölkerung und der Opposition vorbei entschieden wurden.

Weitere Beispiele sind Lobbyismus und Parteispenden, wo in vielen Fällen das Volk nicht weiß, von wem welcher politische Akteur Zuwendungen erhält.

Verschafft die IKT der Bevölkerung die Möglichkeit, besser über die Handlungen der politischen Akteure informiert zu sein?

Wäre es selbst dann möglich, wenn nicht mit Kooperationsbereitschaft seitens

---

<sup>3</sup><http://www.augsburger-allgemeine.de/politik/Leopard-Geschaft-mit-Saudi-Arabien-wirbelt-kraeftig-Staub-auf-id15773846.html>

der Politik gerechnet werden kann?

## Politische Kommunikation

Die Politische Kommunikation fasst die Möglichkeiten der Bevölkerung zusammen, eine eigene Meinung zu besitzen und diese zum Ausdruck zu bringen. Dabei sollte sie seitens der Regierenden keine Sanktionen zu befürchten haben, selbst wenn ihre Ansichten von denen der Regierenden abweicht.

Zusätzlich fallen Kommunikationsprozesse in diese Kategorie, die über eine politische Dimension verfügen. Relevante Aspekte der politischen Kommunikation sind:

- **Meinungsfreiheit** beschreibt das Maß, in dem die Bevölkerung Sanktionsfreiheit beim Ausdruck der eigenen, politischen Meinung genießt.

Problemstellung: Die Versammlungsfreiheit garantiert keine Sanktionsfreiheit, d.h. dass Menschen mit einer abweichenden Meinung immer Gefahr laufen, ins Visir staatlicher Behörden zu geraten.

Beispiele hierfür sind: Der Tierschutzprozess in Wiener Neustadt, bei dem Tierschützer wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung<sup>4</sup> sich einer Anklage gegenüber sahen, der Abhörskandal in Sachsen<sup>5</sup>, bei dem ausschliesslich Antifaschisten abgehört wurden, oder die aktuellen Hausdurchsuchungen bei Stuttgart 21-Gegnern<sup>6</sup>.

- **Versammlungsfreiheit** beschreibt das Recht und die Möglichkeiten der Bevölkerung, sich öffentlich und auf eigene Initiative zwecks Meinungsaustausch und -bildung zu versammeln.

Problemstellung: Die rechtlichen Rahmenbedingungen erlauben den Regierenden, Versammlungen zu verbieten. Von diesem Recht sind oft jene betroffen, die eine abweichende politische Einstellung haben. Ein aktuelles Beispiel ist der Ball des Wiener Korporationsrings (WKR). Der WKR-Ball<sup>7</sup> ist ein jährlich in Wien abgehaltenes Ereignis der schlagenden Studentenverbindungen. Während der Ball jedes Jahr von den Behörden genehmigt wird, erhalten zeitgleich angesetzte

---

<sup>4</sup><http://derstandard.at/1303950728959/Chronologie-Von-Hausdurchsuchungen-zum-Freispruch>

<sup>5</sup><http://www.sueddeutsche.de/digital/anti-nazi-proteste-in-dresden-polizei-spaehte-tausende-handy-daten-aus-1.1110367>

<sup>6</sup><http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,772874,00.html>

<sup>7</sup><http://derstandard.at/1310511648954/Demo-gegen-Ball-Nach-Protest-gegen-rechten-Ball-Rote-Karte-fuer-Polizei>

antifaschistische Kundgebungen und Versammlungen keine Genehmigung und werden notfalls gewaltsam aufgelöst. Dieses Vorgehen verdeutlicht, dass die politische Gesinnung zu einer extremen Schieflage bei der Ausübung der Versammlungsfreiheit führt.

Beseitigt eine Verlagerung in den virtuellen Raum die beschriebenen Probleme für die Meinungs- und Versammlungsfreiheit? Der virtuelle Raum selbst ist keine rechtsfreie Zone, so dass darin eingebettete Handlungen materielle Sanktionen nach sich ziehen können. Ein sehr gutes Beispiel ist die Facebookgruppe „Castor schottern“<sup>8</sup>. Da Schottern von Gleisen eine Straftat darstellt, kann die positive Bewertung dieser Gruppe mit der „Gefällt mir“-Funktion als ein Aufruf zur Straftat interpretiert werden und so Sanktionen in der realen Welt nach sich ziehen.

Verfügen virtuelle Meinungen und Versammlungen über die gleiche Wirkungskraft wie materielle?

Wie kann der restriktive Einsatz der IKT bezüglich der Meinungs- und Versammlungsfreiheit verhindert oder zumindest minimiert werden?

---

<sup>8</sup><http://www.heise.de/tp/artikel/33/33616/1.html>

# Politische Partizipation

Ganz allgemein beschreibt die politische Partizipation die Beteiligung der Bevölkerung an politischen Prozessen.

Wichtige Aspekte der politischen Partizipation sind:

- **Wahlen** werden von den Regierenden abgehalten, um zumindest rudimentär die Bevölkerung am politischen Geschehen zu beteiligen oder um den Anschein einer Legitimation durch die Bevölkerung zu erwecken.

In Demokratien verfügt jede Person über das aktive und das passive Wahlrecht. Das aktive Wahlrecht erlaubt dem Wählenden, einen politischen Akteur für ein politisches Amt zu wählen, während das passive ihm die Möglichkeit einräumt, sich selbst für ein Amt aufzustellen. Wahlen können in regelmäßigen Abständen (Parlamentswahl) oder einmalig zu besonderen Anlässen (Volksbegehren) abgehalten werden.

Problemstellung: Sehr oft hat die Bevölkerung nicht die Möglichkeit, durch Wahlen bei wichtigen Entscheidungen (Kriegseinsätze der deutschen Bundeswehr) mit zu bestimmen.

Ein weiteres Problem ist die Banalisierung der Wahl welche dadurch eintritt, dass politische Akteure eine Wahl durch ihre Handlungen entwerten.

Ein solches Beispiel ist die Bundespräsidentenwahl in Deutschland, welche von der Bundesversammlung gewählt wird. Diese setzt sich zum Teil aus Bürgern und Bürgerinnen zusammen, die weder direkt noch indirekt über ein Mandat der Bevölkerung verfügen, sondern von den Volksvertretungen der Länder bestimmt wurden. Dazu gehören unter anderem Schauspieler und Sportler, die, so der entstehende Eindruck, hauptsächlich nur wegen ihrem Bekanntheitsgrad ausgewählt werden.<sup>9</sup> Auf diese Art wird die an sich sehr bedeutende Wahl des Bundespräsidenten entwertet und zudem ohne die Beteiligung der Bevölkerung vollzogen.

Virtuelle Wahlen sind trotz der organisatorischen Vorteile die sie bieten problemhaft.

Wichtig für eine Wahl ist die Nachvollziehbarkeit und Transparenz, so dass man jederzeit überprüfen kann, ob die Wahl korrekt abgelaufen ist.

Der Einsatz der IKT und die gänzliche oder partielle Verlagerung in den virtuellen Raum würde die Zahl der Personen, die den Wahlablauf kontrollieren können

---

<sup>9</sup><http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,700270,00.html>

minimieren, da nicht jede Person in der Lage ist, die eingesetzte Technologie zu verstehen.

Zudem ist die IKT ein zusätzlicher Angriffspunkt für Wahlmanipulation.

Selbst wenn die Regierenden ein Interesse daran hätten, die Bevölkerung durch Wahlen stärker an den politischen Ereignissen zu beteiligen, ist es anzunehmen, dass dies an der Komplexität vieler Themenkreise scheitert. Ein möglicher Lösungsansatz ist es, die IKT unterstützend einzusetzen, um so die Komplexität zu reduzieren und einem größeren Teil der Bevölkerung die Mitsprache an wichtigen politischen Entscheidungen zu ermöglichen.

Können Wahlen, unterstützt durch die IKT, zu einem größeren politischen Teilnahmeanstrument der Bevölkerung ausgebaut werden?

Eine stärkere Einbindung der Bevölkerung in die politischen Prozesse und eine Aufwertung der Wahl als politisches Partizipationsinstrument sind erwünschte Ziele dieser Untersuchung.

- **Demonstrationen** erlauben der Bevölkerung, sich aus eigenem Antrieb in den politischen Prozess einzubringen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass nicht auch die Regierenden Demonstrationen initiieren können. Besonders in nicht demokratischen Regimes (Iran) setzt die Regierung Demonstrationen ein, um den Eindruck der Legitimation durch die Bevölkerung und somit nationale Einigkeit zu erwecken.

Problemstellung: Die Bevölkerung ist für eine Demonstration auf die Erlaubnis der Regierenden angewiesen. Zudem laufen die Demonstrierenden Gefahr, durch die Regierenden sanktioniert zu werden, wie etwa die Auseinandersetzungen mit der Polizei bei Stuttgart 21 oder den Castortransporten. Mittlerweile finden auch im virtuellen Raum Demonstrationen statt, Beispiele hierfür sind Hacks von Regierungs- oder Unternehmensseiten. Doch auch im Falle virtueller Demonstrationen können die Demonstrierenden sanktioniert werden.

Ist die Verlagerung ins Virtuelle ein sinnvoller Lösungsansatz?

Haben virtuelle Demonstrationen die gleiche Wirkungskraft wie materielle?

Wie können virtuell Demonstrierende vor ungerechtfertigten Sanktionen geschützt werden?

- **Mitwirkung und Gründung von politischen Organisationen:** Es sollte der Bevölkerung möglich sein, an politischen Organisationen mitzuwirken oder



solche zu gründen, welche in ihrer Ausrichtung von den Zielen der Regierenden abweichen.

Problemstellung: Da bestehende Gesetze oft die etablierten politischen Akteure begünstigen, sind neue politische Organisationen letztendlich auf Akzeptanz durch die Regierenden angewiesen. Zudem werden sie durch die zuvor erwähnte Gleichschaltung der Medien an den Rand der Wahrnehmung gedrängt.

Zunächst muss erörtert werden, welche Voraussetzungen notwendig sind, um eine politische Bewegung oder eine politische Organisation in den vorherrschenden politischen Ablauf einzubinden. Relevante Faktoren sind die Zahl der Anhänger, die Organisationsform des neuen politischen Akteurs sowie die Kompatibilität zum vorherrschenden System.

In welcher Form kann die IKT unterstützend beim Erreichen der notwendigen Voraussetzungen eingesetzt werden?

Diese Überlegungen sollen schlußendlich demokratische Bewegungen verstärken, die sonst aufgrund undemokratischer Umstände keine nennenswerte Überlebenschance haben.

## Methodisches Vorgehen

Die methodische Vorgehensweise in dieser Arbeit gliedert sich wie folgt:

Zunächst werden die politischen Prozesse system- und formaltheoretisch kategorisiert. Die Kategorisierung unterteilt die politischen Prozesse in politische Informationsverarbeitung, politische Kommunikation und politische Partizipation (vgl. Grunwald et al. 2006, S. 9ff., Dahl 2006, S. 23ff, Hofkirchner 2010, S. 99ff.)

Danach werden sowohl durch eine Literatur- als auch durch eine Technologieanalyse bisherige politische Einsätze der IKT untersucht. Darauf basierend wird eruiert, welche Transformationsprozesse diese Einsätze bei den politischen Prozesse ausgelöst haben. In einem Nebenprojekt möchte ich anhand eines praktischen Beispiels durch eine Netzwerkanalyse prüfen, ob eine Quantifizierung des demokratischen Niveaus eines Staates möglich ist.

Durch dieses Vorgehen erhalte ich Rückschlüsse auf die Wechselwirkung zwischen dem demokratischen Einsatz der IKT und dem in einem Staat vorherrschenden Demokratie-niveau. Damit lässt es sich möglicherweise feststellen, in welchem Maße der demokratische Einsatz der IKT von einem demokratischen Umfeld abhängig ist. Abschliessend werden in einem umfangreichen Experiment neue Anwendungsmöglichkeiten der IKT erprobt. Der bestimmende Faktor dieser Anwendungen ist deren Potenzial, um die angeführten Probleme zu lösen.

Da aber jede Technologie potenziell auf mehr als nur eine Art angewendet werden kann, findet zusätzlich noch eine theoretische Auseinandersetzung mit den weiteren Anwendungsmöglichkeiten statt.

## Erwartetes Resultat

Das erwartete Resultat ist die systemtheoretische Bewältigung und Beseitigung der eingangs erwähnten Problemstellungen. Konkret soll dies mit Hilfe neuer IKT-spezifischer und theoretischer Lösungen gelingen, welche die demokratischen Aspekte der drei politischen Prozesskategorien verstärken.

## State-of-the-Art und Ausgangspunkt

Die IKT kommt im politischen Kontext auf vielfältige Art und Weise zur Anwendung. Daher ist es notwendig, sich als ersten Schritt einen umfassenden Blick über die unterschiedlichen Anwendungen zu verschaffen. Als nächstes findet eine theoretische Auseinandersetzung mit jenen politische Prozessen statt, die in weiterer Folge mit der IKT in einer Wechselwirkung treten oder getreten sind.

Das Ziel dieser vielschichtigen Analysen ist das Sammeln fundamentaler Kenntnisse über das Spannungsfeld Politik und IKT. Das anschließende Literaturverzeichnis informiert über den bisherigen Stand dieser Untersuchungen.